

Vielfalt Familie, Neues aus dem Zukunftsforum Familie (zff), Ausgabe 23 / November 2014



Ein Jahr „GroKo“ Eine familienpolitische Erfolgsgeschichte?

Schwerpunkt

Die Verhandlungen dauerten wochenlang, dann hatten sich CDU/CSU und SPD Ende 2013 unter dem Titel „Deutschlands Zukunft gestalten“ auf einen Koalitionsvertragswurf verständigt. Anschließend hatten die Mitglieder der SPD das Wort. Mit fast 76 Prozent der abgegebenen Stimmen wählten sie für die Bestätigung des Koalitionsvertrags. Damit war der Weg frei für die Bildung der großen Koalition (GroKo)? Knapp vor Weihnachten, am 17. Dezember 2013, wurde das neue Kabinett Merkel vereidigt. Im Deutschen Bundestag verfügt die „GroKo“ über eine Mehrheit von 504 gegenüber 127 Sitzen einer aus „Die Linke“ und Bündnis 90/Die Grünen bestehenden parlamentarischen Opposition.

Ein knappes Jahr später stellt sich die Frage nach einer ersten Bilanz der „GroKo“. Was hat sie bislang familienpolitisch erreicht? Wessen Handlungsfelder tragen die bisher in die Wege geleiteten Vorhaben, in einem Politikfeld, das ideologisch aufgeladen ist wie sonst kein anderes?

63 Jahren absehbarer in keine gehen können. Aus Sicht des ZFF wird mit der „Mutterrente“ eine durchschlagende zumindest zum Teil geschossen, es sind in dem Reverspaket allerdings auch eine schwere Belastung der jüngeren Generationen.



Bewertung der bereits umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Familienpolitischen Maßnahmen

Eine der ersten von der „GroKo“ auf dem Weg gezeichneten Maßnahmen treten dem Menschen vor die so genannte Mutterrente: Seit 1. Juli 2014 erhalten alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, einen zusätzlichen Entgeltblock in der Rentenversicherung. Im Gegensatz zu diesen zentralen Anliegen der CSU konnte die SPD durchsetzen, dass Arbeitsnehmerinnen nunmehr nach 45 Beitragsjahren mit

Konkret in Angriff genommen wurden von der „GroKo“ auch Reformen bei Tierergeld und Elternzeit. Mit der Einführung des Elternzeit Plus zum 1. Juli 2015 wird es für Mütter und Väter künftig attraktiver, Eltern geldübergab und Teilzeitarbeit miteinander zu verbinden, das ist während der Teilzeitarbeit doppelt so lang die Finanzierung durch den Arbeitgeber möglich und damit keine finanziellen Nachteile mehr erfordern. Die Beauftragung der Dienstverpflichtung in der so genannten Weiterarbeitende Elternzeit ist seit Einführung des Elternzeit Plus eine zentrale Fortsetzung des ZFF. Zudem wird auch die Elternzeit flexibler. Künftig können zu Elternzeitmonate statt bisher 12 zwischen dem 3. und dem 8. Geburtstag des Kindes genommen werden. Eine Zustimmung des

bis zu zehnjährige Auszeit für Angehörige zur kurzfristigen Organisation einer Pflege-situation wird mit einer Lebensversicherung gekoppelt. Das ZFF begrüßt die geplanten Reformen als Schritte in die richtige Richtung, sieht allerdings auch noch Verbesserungspotenzial. Die Anreizfunktion für Mütter, Pflegezeit in/unter Familienpflegezeit in Anspruch zu nehmen, ist gering, da beide vorwiegend durch Gehaltsverzichte finanziert werden müssen. Das ZFF fordert daher, die Pflegezeit und Teile der Familienpflegezeit als steuerfinanzierte Lohnersatzleistungen analog zum Tierergeld auszugestalten. Beispielsweise könnte die Elternzeit Rechtsanspruch auf ein bezahltes 1000 Stunden-Zeit budget weiterentwickelt werden.

Gesetzlich in die Wege geleitet ist auch der weitere Ausbau der Kindererbschaftsteuer. Mit zusätzlichen Bundesmitteln in Höhe von 50 Millionen Euro sollen ab 2015 weitere Kita-Plätze geschaffen werden. Weitere 400 Millionen Euro werden für die Sprachförderung eingesetzt. Inwieweit diese Beiträge ausreichen, um auch die dringlich erforderliche Steigerung der Betreuungsguthaben sicherzustellen, erscheint dem ZFF fraglich. Anfang November 2014 findet ein Bund-Länder Konferenz zur Kindertagesbetreuung statt, bei der die Qualität im Mittelpunkt steht. Das ZFF begrüßt die Bemühungen und regt an, dass Qualitätsstandards in Abstimmung mit den Ländern in einem Bundesqualitätsgesetz gesichert werden.



Offene Punkte aus Sicht des ZFF

Wichtig ist dem ZFF ein im Koalitionsvertrag verankertes, bisher aber vom Bundesarbeitsministerium noch nicht angeregtes Vorhaben, nämlich die Verankerung eines Rückkehrerbonus als Teilzeit auf den vorherigen Arbeitsverhältnis. Dies kann Frauen wirksam vor der so genannten Teilzeitfalle schützen und erhöht den Anreiz für Männer, ebenfalls für einen gewissen Zeitraum Teilzeit zu arbeiten. Ein anderer wesentlicher Punkt ist aus Sicht des ZFF das für 2016 angekündigte Gesamtanpackel zu monatlichen Leistungen. So sollen Kindertagesplätze und Kindergeld, ebenso wie Kinderzuschlag und der Steuerfreibetrag für Alleinerziehende erhöht werden. Für

ABC-Club e.V. Zum 01.01.2015 wird das doppelte Tierergeld für Nicht-Ingenieurinnen wieder abgeschafft. Der von der Koalition als einzige soziale Leistung für Nicht-Ingenieurinnen vorgesehene Ablehnungsbeitrag wird dem Bedarf der Nichtingenieurinnen nicht gerecht. Mehrfachgeborene sollen auch beim Tierergeld grundsätzlich gleichberechtigt werden mit Mehrkinderfamilien. Bei Drillingen habe das also Anspruch auf drei Jahre Tierergeld, wenn ein Überzahl auf die Erwerbskonnomen zu Gunsten der Kinderbetreuung verziele.

DUK Kaiser, Vorsitzender des ABC Club e.V.

ABO Die Gesamtsituation der- und familienbezogenen Maßnahmen hat gezeigt, dass Investitionen in die eigenständige Kindererbschaftsteuer sinnvoll sind, da sie die Verantwortlichkeit von Familie und Jugend unterstützen, das Wohlergehen von Kindern fördert, die menschliche Solidarität von In-millern stärkt und die Erfüllung von Kindern wachsen erleichtert. Zusätzlich müssen in anderen über auch finanziell gestützt werden. Der AWO im Bezirk Niederelbe hat mit ihnen rund 120 Kindererbschaftsrechnungen, die 2900 Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft einen guten Start ins Leben ermöglichen. Der AWO hat sich für die Einführung von dem ZIT und anderen Vorhaben eine Koalitionsvertragung – damit die Kinderförderung in Zukunft gesichert wird!

ABO In 7 Jahren starker Veränderungen der Familienstrukturen brauchen diese neue gesellschaftliche Unterstützung und eine gute Infrastruktur vor Ort. Dazu tragen wir im AWO Unterelbe (Gelsenkirchen/Hamm) zum Beispiel mit einem unabhängigen Rechenprogramm in unserem Kindererbschaftsrechner und dem Kursen unserer Familienbildungsstätte bei. Wir beschäftigen auch die Einführung eines Rechenprogramms auf Familienbezogenen und die Elternzeitungsgegend für die kurzfristige Absicherung.

Bernd Zeiler, Bundesrat, Vorsitzender des AWO Unterelbe/Gelsenkirchen/Bohrp



Fazit: uneinheitliches Bild

Das ZFF ist zentral, dass dabei die Lücke zwischen der inhaltlichen Einbindung der Güterverleihen und jener der Mittelbewirtschaftung verengt wird. Insgesamt präsentiert sich die Familienpolitik der „GroKo“ bislang grobkonturiert, kompromisschwer. Mit Mutterrente, Elternzeit Plus, Ehegattenversicherung, der Beitragsfreien Altersversicherung (der „neue“) Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung wird zentralen Anliegen von CDU/CSU Rechnung getragen. Die Reformen bei Tierergeld und Elternzeit sowie die Maßnahmen zur Verantwortlichkeit von Pflege und Beruf tragen eine sozialdemokratische Handschrift. Die SPD hat mit der „Familienarbeitszeit“ oder dem neuen fairen Kindergeld, familienpolitische Ideen formuliert, die über die aktuelle (reguläre) hinausreichen. Dennoch erwartet das ZFF von der „GroKo“, dass sie insbesondere im Bereich der monatlichen Leistungen und der strukturellen Bekämpfung der Kinderarmut auch in dieser Legislatur noch deutliche Akzente setzt.

(Christiane Kockmann/Bertram Kasper)

